

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne beantworten wir die von Ihnen zugesandten Fragen nach bestem Wissen und Gewissen. Wir weisen jedoch darauf hin, dass diese durchgängig bundespolitische Prägung haben und wir uns als Landesgeschäftsstelle lediglich mit unseren Ideen und unserer Meinung einbringen. Die finale Position und die dazu nötigen Forderungen liegen in der Verantwortung der Volkspartei auf Bundesebene und damit auch des Bundesparteiobmannes Karl Nehammer. Somit finden Sie hier in erster Linie Schwerpunkte der Tiroler Volkspartei sowie Anleihen aus den Forderungen und Positionen der VertreterInnen auf Bundesebene.

## Gerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums

Die Österreichische Volkspartei setzt sich dafür ein, dass Familien die Möglichkeit haben, selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten und aufzubauen. Wir stehen zu einem generellen Abbau der Steuerlast und lehnen die Schaffung weiterer Steuern ab. Die Steuerlast in Österreich gehört zu den höchsten in Europa, was besonders den Mittelstand belastet. Viele Familien kommen dadurch unter Druck. Erarbeitetes Vermögen wird bereits während des Erwerbsprozesses massiv versteuert. Eine weitere Besteuerung des verbleibenden Vermögens am Ende des Lebenswegs trifft vor allem diejenigen, die sich aus der Mittelschicht durch harte Arbeit und Leistung nach oben gearbeitet haben oder arbeiten wollen.

Weniger Steuern bedeuten, dass alle mehr Luft zum Atmen haben, sich mehr leisten können und in eigener Verantwortung Vermögen und Eigentum aufbauen können. Wir setzen uns für soziale Gerechtigkeit ein, in der derjenige, der etwas leistet, nicht schlechter dastehen darf als andere. Das bedeutet, dass Leistungen wie Überstunden oder auch Arbeiten nach dem Pensionsantrittsalter steuerlich bessergestellt werden müssen.

## Klimaschutz

Die Österreichische Volkspartei findet die Vorschläge des Klimarates in Teilen umsetzungswürdig. Vieles aus dem Regierungsprogramm wurde bereits umgesetzt. Das Klima- und Umweltministerium verfügt über ein Rekordbudget, jedoch werden nur wenige Vorschläge präsentiert, die von der gesamten Bevölkerung unterstützt werden können. Es bedarf einer größeren Offenheit für Technologie, Innovation und Mut zur Entwicklung branchenspezifischer Lösungen. Im Bereich der erneuerbaren Energien sollten insbesondere die Entwicklung der Netzinfrastruktur und die Umsetzung von Netzstabilisierungsmaßnahmen wie Power-to-Gas schneller vorangetrieben werden.

Die Österreichische, aber auch die Tiroler Volkspartei stehen zum Ausbau und zur Qualitätsverbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs. Als Partei des ländlichen Raums sind uns aber die Unterschiede in den ländlichen Gebieten bewusst. So erkennen wir den Bedarf der PKW-Nutzung genauso an. Gerade für den Anschluss der von Ballungszentren entfernteren und dünn besiedelten Regionen ist das Auto auch bei einem steten Ausbau von Bus und Bahn nicht wegzudenken und für die dort lebende Bevölkerung einfach notwendig, um Grundbedürfnisse befriedigen zu können. Die Volkspartei steht zu einer durchdachten Politik, die sich an Möglichkeiten und Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert.

Für Tirol besonders wichtig ist die Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene, um den Straßentransit einzudämmen. Von unseren flankierenden Maßnahmen zum Schutz unserer Bevölkerung, wie etwa dem Nachtfahrverbot für LKWs weichen wir nicht ab. Das Vorantreiben des Brennerbasistunnels und ein dazu passendes Slotsystem für die LKW-Durchfahrt sind die Themen der

Zukunft im Alpen transit. Wir glauben, dass wir mit diesen Maßnahmen die großen Tiroler Umweltprobleme im Transit lösen können.

Die Volkspartei sowie die EU im Allgemeinen sieht die Klima- und Biodiversitätskrise als zentrale Herausforderung unserer Zeit und räumt Gegenmaßnahmen höchste Priorität ein. Bis 2050 soll die europäische Union laut Beschluss der EU-Kommission klimaneutral sein. Uns ist wichtig: Menschen und Regionen sollen nicht im Stich gelassen werden und das Wachstum der EU soll von Ressourcenknappheit abgekoppelt werden. Versorgungssicherheit garantieren in diesem Zusammenhang funktionierende bäuerliche Familienbetriebe, die gerade in Tirol nachhaltig und naturnah wirtschaften. Die Netto-Treibhausgasemissionen sollen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gesenkt werden. Mit dem Paket "Fit for 55" soll der Green Deal in Gesetze übertragen werden. Auch in diesem Zusammenhang geht es nicht ohne die konkreten Maßnahmen im Einklang mit den Betroffenen umzusetzen.

Die aktuelle Regierung unter Bundeskanzler Nehammer hat eine ökosoziale Steuerreform umgesetzt. Mit der ökosozialen Steuerreform 2022 wurden umfassende Entlastungen für private Haushalte und Unternehmen sowie eine nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung eingeführt. Die daraus resultierenden zusätzlichen Kosten sollen durch einen regionalen Klimabonus sowie Ausgleichszahlungen für Unternehmen und die Landwirtschaft kompensiert werden. Der Budgetdienst analysiert die Maßnahmen im Detail und bewertet deren Verteilungseffekte sowie die erwarteten ökologischen und makroökonomischen Auswirkungen. Alle ÖsterreicherInnen erhalten auf Basis ihres Lebensmittelpunktes jährlich den Klimabonus als Ausgleich für die durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung entstehenden Mehrkosten, der seit 2022 einmal jährlich ausbezahlt wird. Klimafreundliches Verhalten wird dabei belohnt, denn wer klimafreundlich ist, dem bleibt mehr vom Klimabonus übrig.

## Bildung

Tirol ist Vorreiter und hat als erstes Bundesland Österreichs ein Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz für alle ab zwei Jahre beschlossen. Jedes Kind verdient die beste Bildung, Betreuung und Erziehung. Allen Kindern ab zwei Jahren soll ein hochwertiger, bedarfsgerechter, leistbarer, ganzzähriger und ganztägiger Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsplatz vermittelt werden, wenn sie einen brauchen. Damit schaffen wir echte Wahlfreiheit. Dieser Plan ist derzeit in Pilotregionen in Umsetzung. Ab dem Herbst 2026 wird dieses Projekt flächendeckend ausgerollt sein. Im Herbst 2024 starten die ersten Pilotregionen, parallel wird an Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Berufsfeldes gearbeitet. Das Thema Ausbau der Kinderbetreuung ist Teil der Forderungen der Österreichischen Volkspartei.

Der Ausbau der SozialarbeiterInnen in Tiroler Schulen wird in den letzten Jahren vorangetrieben. Die Erfahrungen mit einem flächendeckenden Angebot sind gut und sollen weiterhin verstärkt werden. Medienkompetenzschulungen sind ein Gebot der Stunde und benötigen ebenfalls mehr Zuwendung.

## Wohnen

Die Tiroler Volkspartei steht für einen sorgsamen Umgang mit Grund und Boden. Es müssen zuerst die verfügbaren Baulandreserven genutzt und bei Widmungen besonders auf soziale, ökologische und ökonomische Aspekte geachtet werden. Nichtsdestotrotz muss aus unserer Sicht die Schaffung von leistbarem Wohnraum weiter vorangetrieben und prioritär behandelt werden.

Die Österreichische Volkspartei versteht sich als Partei des Eigentums. Deswegen fördern wir gezielt Maßnahmen zur Errichtung und dem Ersterwerb im Neubau, Zubau und Umbau und setzen weiterhin

auf einen gut ausgebaute Wohnbauförderung. Außerdem stehen über ein neues Wohnpaket den Tirolerinnen und Tirolern noch zusätzliche Fördermaßnahmen zur Verfügung: Der Bezug eines Wohnbauschecks anstatt des Kredits, Unterstützung beim Dämmen, Sanieren, Heizen und der Anschaffung von Photovoltaik, Zinsstützungen für Eigenheimkredite.

## Gesundheit

Die Österreichische Volkspartei hat in ihrem Österreichplan zum Thema Gesundheit folgende Forderungen für die zukünftige Regierungsperiode aufgestellt, welche zur Beantwortung der gestellten Fragen dienlich sein können. Sie alle zahlen darauf ein, dass Not- und Mangelsituationen grundsätzlich vermieden werden.

Die Volkspartei erkennt die Wichtigkeit psychosozialer Hilfe an und setzt sich für eine Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen ein. Sie betont, dass das soziale Netz in Österreich durch die arbeitende Bevölkerung finanziert wird und Hilfe für jene bereitsteht, die sie benötigen. Diese Unterstützung umfasst verschiedene soziale Leistungen, die Informationen dazu sind in den Sozialämtern und Gemeinden verfügbar.

**Erhöhung der Anzahl der Kassenärztinnen und -ärzte:** Bis 2030 sollen insgesamt 800 neue Kassenarztstellen geschaffen werden. Dies soll die medizinische Versorgung insbesondere in ländlichen Gebieten verbessern und die Verfügbarkeit von Ärzten erhöhen. Zusätzlich soll eine Berufspflicht für ausgebildete Ärzte in Österreich eingeführt werden, um sicherzustellen, dass diese in Österreich bleiben und praktizieren.

**Ausbau der Primärversorgungszentren:** Die Anzahl und Ausstattung von Primärversorgungszentren soll massiv ausgebaut werden, um eine flächendeckende Grundversorgung zu gewährleisten. Diese Zentren sollen die erste Anlaufstelle für Patienten sein und eine umfassende medizinische Betreuung bieten.

**Verbesserung der Terminfindung und -vereinbarung:** Um die Wartezeiten für Arzttermine zu reduzieren, werden Online-Tools und Gesundheitshotlines erweitert. Diese digitalen Hilfsmittel sollen die Terminfindung erleichtern und eine schnellere Versorgung ermöglichen.

**Förderung der Telemedizin:** Die Telemedizin wird ausgebaut, um Diagnosen und Beratungen auch online durchführen zu können. Dies bietet Patienten eine bequeme und schnelle Möglichkeit, medizinische Hilfe zu erhalten, insbesondere in Zeiten hoher Nachfrage oder in abgelegenen Regionen.

**Verringerung von Operations-Wartezeiten:** Maßnahmen wie bessere Priorisierung und bundesländerübergreifende Kooperationen sollen die Wartezeiten für Operationen, insbesondere bei zeitkritischen Behandlungen, reduzieren. Mehr Transparenz bei Wartezeiten und Informationen über alternative Behandlungsmöglichkeiten sollen ebenfalls dazu beitragen.

**Stärkung des Life-Sciences-Standortes:** Österreich soll zu einem führenden Standort für moderne medizinische Behandlungen wie personalisierte Krebstherapien und regenerative Medizin werden. Dies soll durch gezielte Maßnahmen und die Förderung von Spitzenmedizin erreicht werden.

**Österreich zur Apotheke Europas machen:** Durch Anreize soll die Forschung und Produktion von Medikamenten in Österreich gefördert werden. Ziel ist es, Österreich als führenden Standort für die Medikamentenproduktion in Europa zu etablieren.

**Pflegekräftescouting:** Es soll gezieltes Scouting nach Pflegekräften in Ländern betrieben werden, die ähnliche Ausbildungswege wie Österreich haben. Dies soll helfen, den Bedarf an qualifizierten Pflegekräften zu decken.

**Pflege daheim-Bonus:** Der erfolgreiche „Pflege daheim“-Bonus wird weiter ausgebaut, um die häusliche Pflege zu unterstützen und pflegende Angehörige zu entlasten.

Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Qualität und Effizienz des österreichischen Gesundheitssystems zu erhöhen und eine umfassende, zeitgerechte und hochwertige medizinische Versorgung sicherzustellen. Durch diese umfassenden Reformen soll das Gesundheitssystem gestärkt und zukunftssicher gemacht werden.

## Bedeutung von Care-Arbeit

Die Österreichische Volkspartei setzt sich entschieden für eine gerechte Finanzierung und angemessene Entlohnung in Care-Berufen ein. Wir erkennen die wertvolle Arbeit der Pflegerinnen und Pfleger an und sind der Meinung, dass ihre Tätigkeit fair honoriert werden muss. Nur so kann sichergestellt werden, dass diese Berufe auch in Zukunft attraktiv bleiben und die notwendigen Fachkräfte gewinnen.

Ein zentrales Anliegen der Tiroler Volkspartei ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Care-Berufen. Durch den Abbau von Bürokratie und die Schaffung besserer Weiterbildungsangebote möchten wir die Arbeitsumgebung für Pflege- und Betreuungskräfte optimieren. An dieser Stelle soll auch die Forderung der Volkspartei nach einer Karenzübernahme durch die Großeltern erwähnt werden. So kann das Kinderbetreuungsgeld auch durch die Großeltern bezogen werden, sofern die Eltern die Betreuung nicht übernehmen.

Die Förderung sorgender Nachbarschaften und Gemeinschaften ist ein weiterer wichtiger Punkt unserer Politik. Wir glauben, dass eine starke Gemeinschaft dazu beitragen kann, dass sich Menschen gegenseitig unterstützen und füreinander sorgen. Durch die Unterstützung lokaler Projekte und den Ausbau von Netzwerken möchten wir sicherstellen, dass niemand in unserer Gesellschaft allein gelassen wird.

## Migration

Die Volkspartei setzt sich für beschleunigte Asylverfahren für Flüchtlinge ein. Wir glauben, dass schnelle, rechtssichere Entscheidungen sowohl im Interesse der Flüchtlinge als auch der aufnehmenden Gesellschaft liegen. Uns ist es aber genauso wichtig, klar zwischen Wirtschaftsmigration und Asyl zu unterscheiden und wir sind überzeugt, dass Asylverfahren idealerweise, bereits in Drittstaaten durchgeführt werden sollen.

Wenn jemand einen positiven Asylbescheid erhält, erwarten wir uns eine rasche Integration in die aufnehmende Gesellschaft. Arbeit und Deutschkenntnisse sind hierbei der Schlüssel. Daher unterstützen wir das kostenlose Angebot von Deutschkursen für alle Zuwanderer, das verpflichtend angenommen werden muss. Dies fördert nicht nur die sprachliche, sondern auch die gesellschaftliche Integration und ermöglicht es den Zuwanderern, schneller am sozialen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben. Zusätzlich möchten wir auf die verpflichtenden Wertekurse hinweisen, deren Inhalt sich auf die Geschichte Österreichs und dem damit verbundenen sensiblen Umgang mit Antisemitismus, sowie einem christlich-humanistischen Weltbild und der Prägung durch die Aufklärung in Westeuropa begründet. Stichwort Menschenrechte und Gleichstellung von Mann und Frau.

Ein Bekenntnis zur österreichischen Verfassung als Bedingung für einen dauerhaften Aufenthalt ist für uns selbstverständlich. Wer dauerhaft in Österreich leben möchte, muss unsere Grundwerte akzeptieren und sich zu unseren Gesetzen und Normen bekennen. Dies ist die Basis für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben in unserer Gesellschaft.